

**17/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen**

## Neue Dynamik in der Europapolitik

Die Europäische Volkspartei (EVP) wird Anfang November auf einem Parteitag in Luxemburg ihr Wahlprogramm für die Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 1989 beschließen und damit ihren Wahlkampf einleiten. Die Vorbereitung der nächsten Europawahl war eines der Themen des Treffens der Vorsitzenden der in der Europäischen Volkspartei zusammengeschlossenen Christlich-Demokratischen Parteien, das am Montag, dem 30. Mai in Bonn stattfand. Unter Leitung des EVP-Präsidenten und luxemburgischen Premierministers Jaques Santer sowie von Bundeskanzler Helmut Kohl sprachen die Parteivorsitzenden auch über Fragen der Sicherheitspolitik und der Ost-West-Beziehungen sowie über den europäischen Rat Ende Juni in Hannover und die Vollendung des EG-Binnenmarktes 1992.

Helmut Kohl versicherte, man stimme im Kreis der Christdemokraten darin überein, daß der Termin für die Vollendung des Binnenmarktes eingehalten werden müsse. Die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes 1992 ist nach Ansicht des Bundeskanzlers eine große Zukunftschance. Mit ihm entstehe der mit Abstand stärkste Wirtschaftsraum der Welt. Die Europäer strebten ihrer Einigung „Stück für Stück mit kleinen, aber sicheren Schritten“ entgegen. Zufrieden äußerte sich Bundeskanzler Helmut Kohl über die Zusammenarbeit innerhalb der EVP. Die einzelnen Parteien spielten in diesem Zusammenschluß der Europäischen Christdemokraten mehr und mehr eine Rolle, wie sie jetzt etwa den Landesverbänden der CDU zukomme.

An dem Treffen nahmen auch die Ministerpräsidenten der Niederlande und Belgiens, Ruud Lubbers und Wilfried Martens teil. Die CSU war durch ihren stellvertretenden Parteivorsitzenden, Verkehrsminister Jürgen Warnke, vertreten. Im Anschluß an das Treffen gab der EVP-Vorsitzende, Premierminister Jaques Santer, folgende Erklärung ab:

### HEUTE AKTUELL

#### ● Deutschland

Helmut Kohl fordert zu mehr DDR-Reisen auf. Seite 12

#### ● 17. Juni

Tag der Deutschen Einheit: Veranstaltungen und Aktionstips. Seiten 14/15

### Öffentlichkeitsarbeit

Aktiv dabei:  
Ein Sommer mit der CDU.  
Seiten 16 bis 20

#### ● Dokumentation

Recht sichert die Freiheit.  
20 Jahre BACDJ.  
Rede des Parteivorsitzenden  
Helmut Kohl. Grüner Teil.

Die Europäische Volkspartei will die durch die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 12. Februar neugewonnene Dynamik der Europapolitik zur konsequenten Weiterentwicklung und Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft nutzen. In diesem Sinn engagieren sich sowohl die Mitgliedsparteien der EVP, die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament als auch die Christlichen Demokraten, die in der Europäischen Gemeinschaft Regierungsfunktion ausüben.

## Vollendung des Binnenmarktes

Die Organe der Gemeinschaft und in gleichem Maße auch die Parlamente, Regierungen und Verwaltungen aller Mitgliedstaaten müssen ihre Energien in den nächsten Monaten und Jahren auf die Vollendung des Binnenmarktes konzentrieren. Der Europäische Rat, der zum Abschluß der deutschen Präsidentschaft am 27./28. Juni in Hannover zusammentritt, sollte dieses in der Einheitlichen Europäischen Akte verbindlich festgelegte Ziel bekräftigen. Es ist wünschenswert, daß bei dieser Gelegenheit auf der Grundlage der bisher gemachten Fortschritte auch über die Perspektiven im Zusammenhang mit der Vollendung des Binnenmarktes Einvernehmen erzielt wird.

## Perspektive Europäische Union

Die Vollendung des großen, freien, einheitlichen Binnenmarktes und seine soziale Ausgestaltung ist die nächste, bis 1992 zu erreichende Etappe auf dem Wege zur Europäischen Union, deren Verwirklichung Aufgabe und Ziel der Gemeinschaftspolitik bleibt. Um dieses Ziel zu erreichen, sind Entscheidungen und Maßnahmen erforderlich, die teilweise über die in der Einheitlichen Europäischen Akte beschlossenen Reformen hinausgehen, vor allem

- die Ausweitung der Gesetzgebungs- und Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments sowie der Initiativ- und Exekutivbefugnisse der Kommission;
- eine verstärkte gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik mit dem Endziel der Errichtung einer Europäischen Zentralbank, die autonom über den Wert und die Stabilität einer europäischen Währung wacht;
- die konsequente Weiterentwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) zu einer gemeinschaftlichen Außenpolitik;
- in der weiteren Perspektive die Zusammenfassung und Weiterentwicklung der im Rahmen oder außerhalb der Verträge geltenden Regeln und Verfahren in einer demokratischen Verfassung.

## Europäische Sicherheitsunion

Im Blick auf die Errichtung einer Europäischen (Politischen) Union muß auch eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik entwickelt werden. Unter Einbeziehung der Instrumente und der Erfahrungen der Westeuropäischen Union (WEU), der Eurogroup und sonstiger Formen europäischer Verteidigungszusammenarbeit, nicht zuletzt auch der deutsch-französischen, muß es das Ziel sein, die Europäische Sicherheitsunion im Rahmen der Atlantischen Allianz zu verwirklichen.

## Abrüstung

Nachdem mit der Ratifizierung des INF-Abkommens ein entscheidender Fortschritt erzielt wurde, ist es jetzt erforderlich, den Weg zu weiterer Abrüstung entschlossen fortzusetzen. Zu fordern ist:

- eine 50prozentige Reduzierung der strategischen nuklearen Offensivwaffen der USA und der Sowjetunion;
- die weltweite Beseitigung chemischer Waffen;

- die Herstellung eines stabilen und sicheren Niveaus konventioneller Streitkräfte durch die Beseitigung von Ungleichgewichten in ganz Europa;
- schließlich eine deutliche und überprüfbare Reduzierung amerikanischer und sowjetischer bodengestützter nuklearer Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite, die zu gleichen Obergrenzen führen.

## Gestaltung der West-Ost-Beziehungen

Für die Gestaltung friedlicher und fruchtbarer Beziehungen zwischen West und Ost bestehen zur Zeit gute Voraussetzungen. Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten müssen diese Chance nutzen und dabei eine aktive, positive Rolle spielen. Die bevorstehende Aufnahme von Beziehungen zwischen EG und RGW ist ein wichtiger Schritt in

## Zitat

*„Wir haben ausschließlich individuelle Betroffenheit bei den Menschen. Tieffluglärm, Gesundheitsreform, Steuerreform — jeder fühlt sich individuell betroffen, als Anwohner, Zahnarzt oder Gewerbesteuerzahler. Nur selten hört man etwas von Betroffenheit über das Ganze, das Gemeinwesen. Überall, in den Parteien, den Gewerkschaften, den Kirchen gehen die Mitgliederzahlen zurück. Dieser Entwicklung muß man entgegensteuern.“*

(Heiner Geißler, Die Welt, 19. Mai 1988)

diese Richtung. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und gleichermaßen auch der kulturellen Bindungen mit den Nachbarvölkern Mitteleuropas geschenkt werden.

# Mehr Anerkennung für Frauen

**Der Auszeichnung von 41 verdienten Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland durch den Bundespräsidenten am Verfassungstag (23. Mai) kommt in diesem Jahr nach Meinung des Generalsekretärs, Heiner Geißler, eine besondere Bedeutung zu, denn erstmals sind fast die Hälfte der Ausgezeichneten Frauen, die sich vor allem durch soziale Leistungen im Verborgenen verdient gemacht haben.**

Stellvertretend sei genannt eine katholische Ordensschwester, die sich seit über dreißig Jahren der Betreuung, Versorgung und Förderung von Frauen mit schwerer und schwerster geistiger Behinderung widmet. Auf persönliche Initia-

tive des Bundespräsidenten erhält sie nun das „Großkreuz“, das bisher lediglich 60 Bundesbürger, darunter nur eine Frau, erhalten haben.

Bis heute findet das große Engagement von Frauen in allen Bereichen unseres Lebens zu wenig Anerkennung. Es gibt viele Auszeichnungen für erfolgreiche Wirtschaftsführer, Politiker, Wissenschaftler und Kulturschaffende, doch nur wenige für die Frau, die ihre Kinder erzieht oder ihre Angehörigen pflegt, in der Kirchengemeinde arbeitet oder in Selbsthilfegruppen tätig ist. Die CDU tritt dafür ein, daß dieses große Engagement von Frauen in Politik und Gesellschaft mehr als bisher notwendige Anerkennung erfährt.

# Weltweiter Schutz der Ozonschicht

**Das Bundeskabinett hat ein Vertragsgesetz zum „Montrealer Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen“, beschlossen. Die Bundesrepublik Deutschland hatte dieses Protokoll im September 1987 in Montreal gemeinsam mit 32 anderen Staaten und der EG unterzeichnet. Es sieht eine Verringerung von Produktion und Verbrauch der wichtigsten Fluorchlorkohlenwasserstoffe um insgesamt 50 Prozent bis 1999 vor. Inzwischen haben bereits die USA und Mexiko das Protokoll ratifiziert. Das Inkrafttreten des Protokolls ist zum 1. 1. 1989 vorgesehen.**

Der Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Clemens Stroetmann, erklärte, daß die Bundesregierung alle Anstrengungen unternehmen werde, um diese 50%ige Verminderung nicht nur möglichst bald zu erreichen, sondern möglichst auch zu übertreffen. „In Montreal haben wir uns dazu verpflichtet, sowohl die Produktion als auch den Verbrauch der FCKW um 50 Prozent zu reduzieren.

Diese beiden Ziele müssen gleichzeitig und mit unterschiedlichen Mitteln verfolgt werden. Im innerstaatlichen Bereich geht es vordringlich darum, den Verbrauch zu reduzieren. Hier haben wir bereits einige wichtige Erfolge erzielt. Inzwischen hat uns die Wirtschaft nach langem Zögern Zahlen auf den Tisch gelegt. Wir wissen jetzt, daß in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ca. 75.000 t FCKW im Bezugsjahr 1986 verbraucht wurden, davon allein 26.000 t im Spraybereich. Diese 26.000 t werden fast ganz verschwinden. Denn im August 1987 hat der Bundesumweltminister eine Selbstverpflichtung des Aerosol-Verbandes (IGA) entgegengenommen, die eine

Reduzierung des FCKW-Verbrauches im Spraybereich bis 1989 um mindestens 90 Prozent bedeutet. Die Umsetzung dieser Vereinbarung läuft bisher sogar schneller als vereinbart. Schon seit Januar dieses Jahres werden in den großen Produktgruppen Haarsprays und Deosprays nur noch 5 Prozent FCKW als Treibmittel verwendet.“

Stroetmann wies zudem auf die weiteren Maßnahmen des Bundesumweltministers zur Verminderung des nationalen FCKW-Verbrauchs in anderen Verwendungsbereichen hin:

■ Bei der Herstellung von sogenannten Weichschaumstoffen müssen die entsprechenden industriellen Anlagen bis spätestens 1991 die neuen verschärften Grenzwerte der TA Luft einhalten. Dadurch werden etwa 90 Prozent weniger FCKW (etwa 3.000 t pro Jahr) in die Atmosphäre gelangen.

■ Bei der Verwendung von FCKW als Kältemittel müssen geeignete Gewinnungs- und Entsorgungskonzepte entwickelt und in die Praxis umgesetzt werden.

■ Beim Einsatz von FCKW als Lösemittel ist die Rückgewinnung der FCKW und das Arbeiten in geschlossenen Anlagen relativ einfach und wegen der hohen Preise der FCKW bereits weit verbreitet.

■ Der Bundesumweltminister hält eine Kennzeichnung der Inhaltsstoffe von Spraydosen, wie dies z. B. bei Waschmitteln geschieht, für wünschenswert. Chemikaliengesetz und Bundesimmissionschutzgesetz lassen dies z. Z. nicht zu. Deshalb plant der Bundesumweltminister eine Novellierung des Chemikaliengesetzes, so daß künftig generelle Kennzeichnungspflichten bei umweltgefährdenden Stoffen bestehen. Darüber hinaus wirkt der Bundesumweltminister z. Z. auf die

FCKW verwendende Industrie ein, damit bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen rechtlichen Vorschriften bereits schneller eine derartige Kennzeichnung aus eigenem Antrieb vorgenommen wird, so daß der Verbraucher die umweltfreundlichen FCKW-freien Sprays sofort erkennen kann.

Das zweite Ziel, die 50%ige Reduktion bei der FCKW-Produktion ist nach Stroetmanns Worten nur in internationaler Abstimmung gemeinsam zu erreichen. Nur wenn grenzüberschreitend Einigung über die Verminderung der FCKW bestünde, könne verhindert werden, daß es lediglich zu Verlagerungen der FCKW-Produktion in andere Verwendungsbereiche statt zu tatsächlichen Verminderungen komme. Stroetmann betonte, daß das Montrealer Protokoll eine ausgezeichnete Grundlage biete, um erstmals auch EG- und weltweit diese Produktionsvermindierungen durchzusetzen.

Bundesumweltminister Klaus Töpfer, der derzeitige Präsident des EG-Umweltministerrats, hält die EG-weite Umsetzung des Montrealer Protokolls für ein zentrales Ziel während seiner Präsidentschaft: „Wir wollen die beschlossene 50%ige FCKW-Reduzierung möglichst schon vor 1999 auch in der EG erreichen, und wir wollen, wenn möglich, eine weitergehende Reduzierung durchsetzen.“

Auf der nächsten Umweltministerratssitzung der EG steht die EG-weite Umsetzung des Montrealer Protokolls durch eine EG-Ratsverordnung auf der Tagesordnung. Darüber hinaus hat der Bundesumweltminister in seiner Eigenschaft als Ratspräsident den Umweltminister eine Resolution vorgelegt, mit der sich die EG-Staaten für noch raschere und schnellere FCKW-Verminderungen aussprechen sollen. Töpfer: „Ich werde alles daran setzen, damit diese beiden

Beschlüsse unter meiner Präsidentschaft auch gefaßt werden. Hierbei steht auch ein Stück Glaubwürdigkeit der EG bei ihrem Einsatz für Umwelt- und Naturschutz auf dem Spiel.“

## Böhm Vorsitzender des Flüchtlings-Ausschusses im Europarat

Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Bevölkerungsfragen und Flüchtlinge der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg ist der CDU-Bundestagsabgeordnete **Wilfried Böhm** gewählt worden.

Böhm bezeichnete nach seiner Wahl den Ausschuß, dem Parlamentarier aus fast allen 21 Mitgliedsländern des Europarates angehören, als ein wichtiges Instrument bei den Bemühungen um eine Harmonisierung des Asylrechts in Europa. Die unterschiedliche gesetzliche Ausgestaltung und Praxis bei den Asylverfahren in den Mitgliedsländern führe zu Unzuträglichkeiten. Die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer „freizügigsten Asylgewährung der Welt“ gerate dabei mehr und mehr unter den Druck ihrer Nachbarländer mit strengeren Asylbestimmungen. Eine gemeinsame europäische Lösung erfordert nach Ansicht Böhms einen vernünftigen Kompromiß, der, wie immer, „in der Mitte liegen werde“.

## Rentenanpassung kann in Kraft treten

Die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden zum 1. Juli 1988 um drei Prozent angehoben. Gleiches gilt für die Altersgelder aus der Altershilfe für Landwirte und die Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung. Der Bundesrat hat einem entsprechenden Gesetz einstimmig zugestimmt.

# Klarer steuer- und haushaltspolitischer Kurs

**Zur aktuellen finanzpolitischen Lage erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Manfred Carstens, MdB: Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß sich für den Haushaltsvollzug 1988 gegenüber der Einschätzung von Anfang dieses Jahres eine eher positive Entwicklung abzeichnet. Die Steuer-schätzung der letzten Woche hat für 1988 nicht die von der SPD-Opposition erwarteten Mindereinnahmen in Milliardenhöhe, sondern ein Mehr von gut 300 Mio. DM ergeben.**

Dieses Ergebnis spiegelt die positive Entwicklung vieler Wirtschaftsdaten seit Jahresbeginn und die seit Beginn des Frühjahrs durchweg wieder optimistischeren Prognosen für 1988. Dazu hat entscheidend beigetragen, daß Bundesregierung und Koalitionsfraktionen auch nach den Währungsturbulenzen des letzten Herbstes keine Zweifel am steuer- und haushaltspolitischen Kurs haben aufkommen lassen: Die zweite Stufe der Steuersenkung in einer Größenordnung von 14 Mrd. DM ist 1988 in Kraft getreten. Der Entwurf des Steuerreformgesetzes 1990 ist auf dem Gesetzgebungswege, der noch vor der Sommerpause abgeschlossen sein wird. In der Haushaltspolitik wird 1988 aus konjunkturpolitischen Gründen ein höheres Defizit hingenommen; für 1989 hat sich die Bundesregierung jedoch auf eine Rückführung der Haushaltslücke festgelegt. — Die Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufwärtstrends 1988 im sechsten Jahr widerlegt den Pessimismus eines vielstimmigen Chores von berufenen und unberufenen Prognostikern aus Wirtschaft, Verbänden und

Opposition, die seit dem Herbst letzten Jahres bei vielen Gelegenheiten die wirtschaftliche Zukunft in schwarzen Farben gemalt haben.

Für den Bundeshaushalt 1988 kann auf der Grundlage der heute absehbaren Finanz- und Wirtschaftsdaten davon ausgegangen werden, daß der (wegen der höheren EG-Belastung und des weitgehenden Ausfalls des Bundesbankgewinns) erwartete vorübergehende Anstieg des Kreditbedarfs in die Nähe von 40 Mrd. DM nicht überschritten wird und daß der Versuch der SPD-Opposition, eine Lücke von 50 Mrd. DM und mehr herbeizurechnen, gescheitert ist. Es ist eher mit einem Unterschreiten als einem Überschreiten der 40-Mrd.-DM-Grenze zu rechnen.

## Haushaltsentwicklung 1989 und Finanzplan bis 1992

Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt den Bundesfinanzminister in seiner Zielsetzung, auch 1989 und im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung mit Haushaltssteigerungen von ca. 2½ v. H. die Politik strikter Begrenzung des Ausgabenwachses fortzusetzen. Dies wird das wichtigste Element für eine Rückführung des Kreditbedarfs im Jahre 1989 sein. 1990 wird der Bund wegen des Inkrafttretens der Steuerreform noch einmal vorübergehend einen leichten Anstieg der Neuverschuldung hinnehmen, die aber schon 1991 und 1992 bei Beibehaltung strikter Begrenzung des Ausgabenwachstums wieder auf die Größenordnung des Jahres 1989 absinken wird.

Diese vorübergehend höhere Kreditaufnahme zur Finanzierung der Spitze eines massiven Abbaus der Steuerlast von Bür-

gern und Betrieben ist von völlig anderer Qualität als die Schuldenausweitung zur Finanzierung zusätzlicher Staats- und Sozialausgaben auf Pump vor 1982 — zumal die Steuerentlastung ohne kompensatorische Verbrauchsteuererhöhung erfolgt. Verbrauchsteuererhöhungen sind nur zur Abdeckung der erhöhten EG-Belastung erforderlich.

Im Personalhaushalt des Bundes besteht auch 1989 kein haushaltspolitischer Spielraum für zusätzliche Personalbewilligungen. Dies ist personalwirtschaftlich vertretbar, weil auch im öffentlichen Dienst beispielsweise infolge des in den letzten Jahren massiv forcierten Einsatzes

von Automation und Datenverarbeitung und aufgrund der Bemühungen um Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung noch erhebliche Rationalisierungsmöglichkeiten bestehen. Diese müssen in vollem Umfang genutzt werden, damit der sinkenden Staatsquote und der langfristig rückläufigen Bevölkerungsentwicklung nicht ein zahlenmäßig wachsender Personalapparat des Staates gegenübersteht. Es wird deshalb in den kommenden Haushalten und auch schon im Regierungsentwurf 1989 bei der Linie bleiben, daß in Einzelbereichen erforderliche neue Personalstellen in jedem Fall durch Personaleinsparungen an anderer Stelle kompensiert werden müssen.

## Verfassungsschutzbericht 1987

# Den Anti-Demokraten keine Chance geben

**Der vom Bundesinnenminister vorgelegte Verfassungsschutzbericht für 1987 zeigt, daß unsere Demokratie den Gefährdungen durch ihre Feinde gewachsen ist, stellten der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Johannes Gerster, und der CDU/CSU-Obmann im Innenausschuß, Hermann Fellner, in einer gemeinsamen Erklärung fest. Sie begrüßten es, daß der Bericht ein ungeschminktes, objektives Lagebild über die extremistischen und verfassungsfeindlichen Bestrebungen von links und rechts, bei Terrorismus und politisch motivierter Gewalt sowie auswärtiger Spionage bietet.**

Die links- und rechtsextremistischen Bestrebungen geben heute in der Bundesrepublik Deutschland keinen Anlaß zur Dramatisierung, aber ebensowenig für

Verharmlosung oder Sorglosigkeit. Wir dürfen nicht übersehen, daß Rechtsextremisten und Neo-Nazis unverändert Zulauf finden. Auf der anderen Seite gewinnen gerade die Kommunisten mit ihrer sogenannten Bündnispolitik weiter bei Demokraten an Boden, obwohl sie in keiner Weise ihre freiheitsfeindlichen, diktatorischen Ziele aufgeben.

Der Auftrag des Verfassungsschutzes und seiner Mitarbeiter ist für unsere Demokratie unverändert lebensnotwendig: Politisch motivierte Gewalt, rechtsfreie Räume wie in der Hamburger Hafensstraße und in der Düsseldorfer Kiefernstraße oder die gewalttätigen Umtriebe von ausländischen Extremisten, etwa der Kommunistischen Arbeiterpartei Kurdistans, müssen sorgfältig beobachtet werden. Es darf kein Zweifel daran aufkommen, daß wir den Anti-Demokraten keine Chance geben.

# Kabinett billigt Gesetzentwurf zum Schutz friedlicher Demonstrationen

**In den Koalitionsvereinbarungen haben CDU, CSU und FDP festgelegt, daß „Handlungsbedarf“ bestehe, „um das von Gewalttätern bedrohte Recht auf friedliche Demonstration zu gewährleisten, gewalttätige Demonstrationen zu verhindern und den Terrorismus wirksam zu bekämpfen“. Die Bundesregierung hat jetzt dazu wichtige Maßnahmen beschlossen. Ein vom Kabinett gebilligter Gesetzentwurf sieht u. a. folgende Neuregelungen vor:**

■ Vermummung und passive Bewaffnung werden strafbar bei öffentlichen Versammlungen, Aufzügen oder sonstigen öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel. Gleiches gilt für Vermummung und passive Bewaffnung am Rande oder im Anschluß an derartige Veranstaltungen sowie auf dem Weg dorthin. Das Mitführen von Vermummungsgegenständen wird mit Bußgeld bestraft.

■ Die Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen oder aufgelösten Versammlung wird wieder strafbar.

■ Veranstalter von Versammlungen werden zur Zusammenarbeit mit bzw. Auskunft gegenüber den zuständigen Behörden verpflichtet. Der Verstoß dagegen kann mit einem Bußgeld geahndet werden.

■ Die öffentliche Befürwortung von Straftaten (§ 130 b StGB) wird strafbar.

■ Für erpresserischen Menschenraub und für Geiselnahme werden die Strafen erhöht bzw. der Straftatbestand erweitert (§ 239 a und b StGB).

■ Für Diebstahl von Waffen und Sprengstoff werden die Strafen ebenfalls verschärft (§ 243 StGB).

■ Besonders schwere Fälle der Störung öffentlicher Betriebe (§ 316 b StGB), z. B. das Umsägen von Strommasten, werden nicht mehr nur als Sachbeschädigung verfolgt, sondern unter erhöhte Strafe gestellt.

■ Der Tatbestand des schweren Landfriedensbruchs (§ 125 a StGB) kann in Zukunft eine Inhaftierung wegen Wiederholungsgefahr (§ 112 a Punkt 1 Nr. 2 StPO) begründen.

■ Eine bis zum 31. Dezember 1991 befristete Kronzeugenregelung soll künftige terroristische Straftaten verhindern und die Aufklärung bereits begangener Taten fördern. Bei Mord ist Strafmilderung bis zu einer Mindeststrafe von drei Jahren vorgesehen.

Mit diesem jetzt von der Bundesregierung auf den parlamentarischen Weg gebrachten Gesetz erhalten die Sicherheits- und Justizbehörden verbesserte Möglichkeiten, um Terroristen, Gewalttäter und Kriminelle zur Verantwortung ziehen zu können. Das Recht der Bürger auf friedliche Demonstration wird besser geschützt.

## Zitat

*„Wir haben die kürzeste Arbeitszeit, die höchsten Löhne, den längsten Urlaub, die stabilste Währung. Aber glaubt man manchen Äußerungen in Presse, Fernsehen, bei der Opposition und auf Akademietagungen, so steht die Bundesrepublik Deutschland kurz vor dem politischen, wirtschaftlichen und moralischen Chaos.“*

(Heiner Geißler, Die Welt, 19. Mai 1988)



# Bund und Länder haben sich verständigt

Auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl trafen die Regierungschefs von Bund und Ländern zu einer Besprechung zusammen. Diese Gespräche finden etwa zweimal im Jahr statt. Sie dienen dem Meinungsaustausch sowie der Entscheidung von Fragen, die im Verhältnis zwischen Bund und Ländern bedeutsam sind. Im Mittelpunkt der Besprechung am 19. Mai 1988 stand die Agrarpolitik. Die Regierungschefs von Bund und Ländern verständigten sich auf die Finanzierung der Maßnahmen zur Umsetzung der Agrarbeschlüsse des Europäischen Rates vom Februar 1988. Im einzelnen wurde vereinbart:

- Die vom Europäischen Rat beschlossene Produktionsaufgaberente, die ab 1989 gewährt werden soll, wird zu 100 Prozent aus Bundesmitteln finanziert.
  - Die vom Europäischen Rat beschlossene Teilflächenstillegung/Extensivierung wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ durchgeführt. Die Bundesländer beteiligten sich an der Finanzierung mit einem Anteil von 30 Prozent. Der normale Beteiligungssatz für die Bundesländer beträgt im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe 40 Prozent.
- Die Bundesländer verpflichten sich, die Flächenstillegung termingerecht anzubieten.
- Der Einkommensausgleich von 5 Prozent über die Mehrwertsteuer soll ab 1989 in Höhe von 2 Prozent in sozio-struktureller Ausgestaltung über die Fläche gewährt werden. Die übrigen 3 Prozent werden unverändert gewährt. Die Bun-

desländer beteiligen sich an der Finanzierung dieses 2prozentigen Einkommensausgleichs mit einem Anteil von 35 Prozent.

Mit dieser Vereinbarung zwischen Bund und Ländern sind die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, daß die vom Europäischen Rat beschlossenen agrarpolitischen Maßnahmen termingerecht in der Bundesrepublik Deutschland angeboten werden können.

## Bundesregierung hilft Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau stellt in ihrem Gemeindeprogramm in den Jahren 1988 bis 1990 insgesamt 15 Milliarden DM an zinsgünstigen Darlehen für kommunale Investitionen bereit. Die Bundesregierung hat nunmehr beschlossen, innerhalb dieses Programms solchen Gemeinden, deren Arbeitslosenquote um mindestens 40 Prozent über dem Bundesdurchschnitt des jeweiligen Vorjahres liegt, bei künftigen Kreditzusagen zusätzliche Entlastung durch Gewährung von fünf (statt zwei) tilgungsfreien Anfangsjahren und einer Kreditlaufzeit von 23 (statt 20) Jahren zu verschaffen.

Im Hinblick auf die hohe Priorität, die die Bundesregierung der Verbesserung der Beschäftigungssituation beimißt, ist das erweiterte Kreditangebot der KfW dazu bestimmt, die kommunale Investitionstätigkeit insbesondere derjenigen Gemeinden zu verstetigen, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist und die deshalb besondere Haushaltsbelastungen zu tragen haben.

# Glückwunsch zum 125jährigen Bestehen der SPD

**Helmut Kohl hat in einem Telegramm an den SPD-Vorsitzenden, Hans-Jochen Vogel, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu ihrem 125jährigen Bestehen gratuliert. In dem Telegramm heißt es u. a.:**

Die SPD hat als älteste Partei in Deutschland die deutsche Geschichte mitgestaltet und — vor allem im Widerstand gegen den Nationalsozialismus — miterlitten. Auf diese Tradition kann sie mit Stolz zurückblicken...

Auf die Erfahrungen des Widerstandes gründeten sich nach 1945 der antitotalitäre Grundkonsens unserer demokratischen Parteien und der gemeinsame Aufbau des freiheitlichsten Gemeinwesens,

das es je auf deutschem Boden gegeben hat. Die SPD hat sich dabei stets ihrer demokratischen Pflicht gestellt — in der Opposition wie in der Regierung.

Angesichts des raschen wirtschaftlich-technischen und gesellschaftlichen Wandels sowie der bleibenden Aufgabe, Freiheit und Frieden zu sichern und die Teilung Deutschlands zu überwinden, ist ein Grundkonsens aller demokratischen Parteien heute wichtiger denn je.

Dies gilt für den Wertebezug unserer Innen- und Außenpolitik genauso wie für die Verpflichtung, bei allem Streit in der Sache Übereinstimmung in den Grundsätzen unserer Verfassung zu bewahren. Dafür tragen die Volksparteien besondere Verantwortung.

## SPD-Umfrage: Klare Mehrheit für Helmut Kohl als Kanzler

**Wenn der Kanzler jetzt direkt gewählt werden müßte, läge Helmut Kohl mit 35 Prozent klar vor dem SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel mit 29 Prozent. Auch bei einer Bundestagswahl am nächsten Sonntag hätten die Unionsparteien und die FDP die Mehrheit.**

Dies geht aus einer Emnid-Umfrage (erste Maihälfte) für die SPD-Zeitschrift „Vorwärts“ hervor. Die Umfrage wurde zum 125jährigen Partei-jubiläum der SPD in Auftrag gegeben.

Bei der Frage nach der Kompetenz der Parteien liegt die CDU bei den Themen „Stärkung des westlichen Bündnisses“ (CDU: 51 %; SPD: 25 %), „Wirtschaftliches Wachstum“ (56 zu 20), „Bewahrung des Rechtsstaates“ (40 zu 29) und „Europäische Einigung“ (37 zu 26) vorn.

Einen eindeutigen Kompetenzvorsprung hat die SPD bei dem Thema „Ausstieg aus der Kernenergie“ (55 zu 15). Nach dieser Umfrage hat die SPD u. a. auch bei den Themen Friedenspolitik, Arbeitslosigkeit und Umweltschutz einen Vorsprung.

# Südafrikanische Kirchen beim Bundeskanzler

**Bundeskanzler Helmut Kohl empfing am 26. Mai eine Delegation hochrangiger Vertreter der südafrikanischen Kirchen zu einem ausführlichen Gespräch. Das Gespräch, das auf Wunsch der südafrikanischen Kirchen zustande kam, diente der Unterrichtung der Bundesregierung über einen Gesetzentwurf der südafrikanischen Regierung zur Einschränkung der Auslandsfinanzierung südafrikanischer Anti-Apartheid-Organisationen.**

Die südafrikanischen Kirchen waren durch Erzbischof Hurley, Bischof Brenningmeijr, dem Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates/SACC, Frank Chikane, sowie durch Dr. Beyers-Naude vertreten. Sie waren begleitet vom stellvertretenden Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Stoll, und Weihbischof Schwarz. Sie verwiesen eindringlich auf die Konsequenzen, die sich bei einer Realisierung dieses Gesetzes für die praktische und politische Arbeit der Kirchen zugunsten der schwarzen Mehrheit Südafrikas ergäben.

Der Bundeskanzler verurteilte die zunehmenden Versuche der Regierung Südafrikas, auch diejenigen politischen Kräfte auszuschalten, die sich mit friedlichen Mitteln für die Überwindung der Rassendiskriminierung einsetzen. Er verwies auf die bilateralen und die gemeinsam mit den europäischen Partnern abgegebenen Erklärungen, in denen die Verbotsverfügung gegen Anti-Apartheid-Organisationen und Gewerkschaften verurteilt und die Rücknahme dieser Maßnahmen gefordert werden.

Der Bundeskanzler unterstrich die Bedeutung der positiven Maßnahmen der

Europäischen Gemeinschaft zugunsten Schwarzer als einen wesentlichen Teil der gemeinsamen Südafrikapolitik. Eine Behinderung dieser Leistungen der Gemeinschaft durch die südafrikanische Regierung werde zu einer schwerwiegenden Belastung der Beziehungen Südafrikas zur Gemeinschaft führen. Die Bundesregierung werde sich daher mit den Partnern der Europäischen Gemeinschaft mit Nachdruck für eine Weiterführung und darüber hinaus Verstärkung der Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft einsetzen.

Der Bundeskanzler unterstrich abschließend die feste Absicht der Bundesregierung und der europäischen Partner, dafür einzutreten, daß in Südafrika Apartheid und Rassendiskriminierung mit friedlichen Mitteln überwunden und die Menschenrechte allen Bürgern in gleicher Weise gewährt werden.

## Post übernimmt alle Auszubildenden

Die Deutsche Bundespost wird 1988 allen 15 000 Nachwuchskräften, die in diesem Jahr erfolgreich ihre Prüfung ablegen, einen Arbeitsplatz anbieten, betonte Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling.

Von der Problemgruppe der fast 5 000 Fernmeldehandwerker, wo sich die Ausbildung über den eigenen Bedarf hinaus besonders auswirkt, werden nach Angaben von Postminister Schwarz-Schilling aber etwa 30 Prozent keine Stelle im erlernten Beruf erhalten können.

## Kohl fordert zu mehr DDR-Reisen auf

Bundeskanzler Helmut Kohl hat an die Bürger der Bundesrepublik appelliert, öfter zu Verwandtenbesuchen und Städtebesichtigungen in die DDR zu fahren. Nach Rückkehr des Kanzlers von einem privaten Wochenendaufenthalt in der DDR erklärte Regierungssprecher Friedhelm Ost, Kohl habe mit seinem Besuch ein Zeichen in diese Richtung setzen wollen.

Nach Ansicht des Kanzlers müsse alles getan werden, um die Zusammengehörigkeit der Deutschen in Ost und West zu fördern und ein Auseinanderleben zu verhindern. Ost hatte Kohl während dessen DDR-Reise begleitet, die nach Gotha, Erfurt, Weimar und Dresden führte. Nachfolgend einige Pressestimmen zu dieser Reise:

*„Wohin Helmut Kohl auch kam, ob auf dem Neumarkt in Gotha oder bei einem Stadtrundgang durch Dresden — überall blieben die Passanten stehen, als sie der vom Bildschirm her bekannten langen Gestalt ansichtig wurden, machten einander auf den Besucher aufmerksam und drängten sich schließlich um den Kanzler. Viele suchten von sich aus das Gespräch, keiner wich aus oder wirkte befangen, wenn Kohl das Wort an ihn richtete. In Erfurt besuchte der Bundeskanzler die St.-Severin-Kirche und das katholische Priesterseminar, das einzige in der DDR. Wie Ost erzählte, baten die Studenten nachdrücklich darum, daß Bürger aus dem Westen auf Ostblock-Reisen die Gottesdienste besuchen sollten. Das würde den bedrängten Kirchen helfen.“*  
(Die Welt, 31. Mai 1988)

*„Verblüffung, Erstaunen, Neugierde, Freude. Einige hundert DDR-Bürger erleb-*

*ten am Wochenende eine Überraschung und eine innerdeutsche Premiere: Als erster amtierender Bundeskanzler besuchte Helmut Kohl privat den anderen Staat in Deutschland. In der wiederaufgebauten Semper-Oper steht Wagners ‚Tannhäuser‘ auf dem Spielplan. Ein Dresdner reichte Kohl ein Programmheft mit folgenden Zeilen: ‚Das Glück ist heute ganz auf unserer Seite. Auch wir möchten vorwärts und nicht mehr rückwärts sehen. In Anbetracht dieses wunderschönen Abends schenken Sie uns bitte für unser Anliegen Ihre Fürsprache.‘ Vor der Oper hatte sich unterdessen eine große Menschenmenge angesammelt.“*

(Generalanzeiger, 31. Mai 1988)

*„Vor der Kirche hatten sich nach dem Gottesdienst zwischen 300 und 500 Menschen versammelt, um den Kanzler zu sprechen. Dabei ist ihm mehrfach gesagt worden: ‚Halten Sie an der deutschen Einheit fest. — Sie sind unsere Hoffnung.‘“*

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Mai 1988)

*„Ein junges Paar auf Hochzeitsreise erbat ein gemeinsames Foto. Andere wollten Autogramme, um zu Hause beweisen zu können, daß sie tatsächlich den Bundeskanzler getroffen haben.“*

(Frankfurter Neue Presse, 31. Mai 1988)

*„Durch den privaten Charakter der Tour waren dem Kanzler erheblich mehr direkte Begegnungen mit den Bürgern möglich, als dies bei einem offiziellen Besuch denkbar erscheint.“*

(Kölnische Rundschau, 31. Mai 1988)

*„Wer hätte das vor einigen Jahren für möglich gehalten? Da setzt sich der deutsche Bundeskanzler ins Auto, fährt mit Frau Hannelore, Sohn Peter und den Vertrauten Friedhelm Ost und Wolfgang*

# Mehr Jugendreisen in die DDR

Als einen deutlichen Fortschritt in den innerdeutschen Beziehungen hat Bundesminister Dorothee Wilms die Tatsache gewertet, daß die Zahl der geförderten Jugendreisen in die DDR und nach Ost-Berlin im Jahr 1987 gegenüber dem Jahr zuvor um 13 Prozent gestiegen ist. Insgesamt nahmen im vergangenen Jahr 77 000 Jugendliche an Fahrten in die DDR und nach Ost-Berlin teil (1986: 68 000).

Frau Wilms wies in ihrer Stellungnahme darauf hin, daß die junge Generation das ungeteilte Deutschland aus eigener Anschauung nicht mehr kenne. Um so notwendiger sei deshalb für die Jugendlichen die persönliche Begegnung mit Gleichaltrigen in der DDR. Nur wer miteinander spreche, gewinne Verständnis

füreinander und Vertrauen zueinander. Derartige Treffen stärkten das Gefühl der Zusammengehörigkeit und seien eine wichtige Grundlage für den Zusammenhalt unseres Volkes. Frau Wilms erwartet, daß der innerdeutsche Jugendaustausch künftig noch weiter ausgebaut wird und daß Engpässe bei der Unterbringung der jungen Leute in der DDR beseitigt werden können.

Frau Wilms gab bekannt, daß sich auch die Teilnehmerzahl bei Reisen nach Berlin (West) im vergangenen Jahr erhöht hat: sie stieg um 14 000 (= 4,5 Prozent) auf insgesamt 322 000. An den Informationsfahrten an die innerdeutsche Grenze beteiligten sich 1987 zehn Prozent mehr Jugendliche; hier waren es mehr als 44 000 (1986: 40 000).

*Bergsdorf übers Wochenende in die DDR. Ganz privat und ohne großes Aufsehen.*“  
(Abendpost-Nachtausgabe, 31. Mai 1988)

*„Wer nach drüben reist, macht ebenso wie Kohl eine wichtige Erfahrung: die DDR-Bürger wissen erstaunlich gut über unser Leben, unsere Arbeit und auch unsere Probleme Bescheid. Mauer, Elektrozaun und sture Reisevorschriften der Vergangenheit haben ihnen den Blick in den freien Teil Deutschlands nicht verstellen können. Die Wirklichkeit ist stärker als die künstlich gezogenen Hürden, mit denen man sie gegenüber der Bundesrepublik abschirmen wollte.“*

(Abendpost-Nachtausgabe, 31. Mai 1988)

*„Es ist wohltuend, daß der Regierungschef unserer Republik vorführt, wie man den Menschen drüben unaufdringlich zeigt, daß man sich ihnen verbunden und verpflichtet fühlt. Kohl hat es nicht nötig, sich zusammen mit dem Staatsratsvorsitzenden*

*fotografieren zu lassen, um seine politische Bedeutung nachzuweisen.“*

(Frankfurter Neue Presse, 31. Mai 1988)

*„Der erste private Besuch des Kanzlers nach sechs Jahren in der DDR sollte ein Zeichen sein. Helmut Kohl, dem viel am direkten Kontakt zwischen Deutschen aus Ost und West liegt, will die Bundesdeutschen ermuntern, häufiger die Gelegenheit zu Privatbesuchen im anderen Teil Deutschlands zu nutzen.“*

(Kölnische Rundschau, 31. Mai 1988)

## Zitat

*„Die Demokratie ist politisch stabil und gesichert — die Verfassungsfeinde bleiben nur eine Minderheit“.*

(Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zur Vorlage des Verfassungsschutzberichtes 1987)

## Tag der Deutschen Einheit

# Veranstaltungen und Aktionstips zum 17. Juni

### **Zentrale Kundgebung in Berlin**

Unter dem Motto „Menschenrechte für alle Deutschen“ veranstaltet die Junge Union Deutschlands am Tag der Deutschen Einheit in Berlin eine zentrale Demonstration mit anschließender Großkundgebung. Geplanter Ablauf: ab 15.00 Uhr Aufstellung am Sammelplatz Wittenbergplatz, Stadtmitte; ab 16.00 Uhr Demonstrationszug bis zum Kundgebungsplatz Preußenpark; ca. 17.00 Uhr Kundgebung. Es sprechen: Norbert Blüm, stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands, Christoph Böhr, Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands, und Hanna-Renate Laurien, Bürgermeisterin von Berlin.

### **Aktionen der CDU-Verbände**

Mitglieder der CDU können der besonderen Bedeutung des Tages der Deutschen Einheit in diesem Jahr — der 17. Juni jährt sich zum 35. Mal — durch eigene Veranstaltungen in ihrem Verband gerecht werden. Einige Vorschläge hierzu:

### **Kranzniederlegung**

Als Orte für Aktionen und Veranstaltungen zum 17. Juni eignen sich vor allem Gedenkstätten, die an den 17. Juni, Städte und Regionen im anderen Teil Deutschlands aber auch an den Mauerbau im August 1961 erinnern. Eine Kranzniederlegung erinnert an die vielen Toten und Opfer von Menschenrechtsverletzungen im anderen Teil Deutschlands. In einer kurzen Ansprache sollte der CDU-Kreisvorsitzende die Bedeutung der Deutschland- und Menschenrechts-

politik der CDU darstellen. Das gemeinsame Singen des Deutschlandliedes bietet einen würdigen Abschluß dieser Veranstaltung.

### **Flugblattverteilen**

Das hier abgebildete Flugblatt zum 17. Juni haben alle Verbände der CDU von der Bundesgeschäftsstelle als reproporeife Druckvorlage für ein Flugblatt zum Tag der Deutschen Einheit erhalten. Es eignet sich besonders zur Verteilung an Informationstischen am Samstag vor der Woche, in der der 17. Juni liegt, um so rechtzeitig in der Bevölkerung auf dieses wichtige Datum aufmerksam machen zu können.

### **Vortragsveranstaltung/Diskussion**

Der diesjährige Bundesparteitag der CDU findet unmittelbar vor dem 17. Juni statt. Da die Deutschlandpolitik und mit ihr das Thema der deutschen Wiedervereinigung einen zentralen Stellenwert auf diesem Parteitag haben wird, bietet es sich an, eine Vortragsveranstaltung oder eine Diskussion zu diesem Thema im CDU-Verband vor Ort zu veranstalten: Entweder im Rahmen einer Vorstellung des Leitantes des Bundesvorstandes oder direkt nach dem Parteitag als aktuelle Berichterstattung über die Beratung und Beschlußfassung des Bundesparteitages.

### **Wandzeitung ausstellen**

Die in Uid-Nr. 16 abgebildete Themenwandzeitung zum Tag der Deutschen Einheit ist bereits an die Verbände der CDU ausgeliefert. Sie sollte auf jeden Fall zum 17. Juni in den Schaukästen der Ortsverbände hängen!

**17. Juni 1988**

# **Menschenrechte für alle Deutschen**

35 Jahre nach dem Volksaufstand in der DDR gilt unverändert: Die Unvereinbarkeit von Freiheit und Unfreiheit, der Gegensatz von Demokratie und Diktatur ist die Ursache des Ost-West-Konflikts. Dauerhafter Friede kann nur dort gedeihen, wo Menschenwürde und Freiheitsrechte geachtet werden.

Die CDU fordert Menschenrechte für alle Deutschen. Wir halten fest an dem Ziel, eine stabile Friedensordnung in Europa zu schaffen, in der das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts die Einheit Deutschlands in Freiheit wiedererlangt. Kern der Deutschlandpolitik der CDU bleibt die Wahrung der nationalen und staatlichen Einheit Deutschlands.

## **Am 35. Jahrestag des 17. Juni fordern wir:**

- **weg mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl**
- **Freizügigkeit und Reisefreiheit für alle Deutschen**
- **ungehinderter Fluß von Informationen und Meinungen**
- **Einhaltung der Menschenrechte gegenüber unseren Landsleuten in der DDR**

# **CDU**



*Die  
Zukunft*

# Die Aktionszeit



Gerade die kommenden Sommermonate sind geeignet, die Bürger mit sympathischen Aktionen anzusprechen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Schon allein dadurch, daß man die üblichen Veranstaltungen unter freiem Himmel verlegt, erzeugt man eine neue, aufgeschlossene Atmosphäre, die es vielen Bürgern erleichtert, sich an unseren Aktionen zu beteiligen. Eine Bürgersprechstunde auf dem Rathausplatz ist beispielsweise „neu“. Ohne großen Aufwand durchführbar, erreicht man hierbei eine viel größere Öffentlichkeit als hinter verschlossenen Türen. Außerdem spricht sich eine solche Aktion vor Ort schnell herum.

Aus der Palette der Sommer-Aktionen möchten wir Ihnen nachfolgend einige erfolgreich erprobte vorstellen:

## Sommerwoche der CDU

Bei den heutigen Urlaubsgewohnheiten fahren viele Familien mehrmals im Jahr für kürzere Zeit in Urlaub. Das bedeutet: Oft werden die langen Sommerferien nur teilweise ausgenutzt. Kinder und Jugendliche, aber auch die Erwachsenen, sind daher für Aktionsangebote dankbar.

Dazu einige Vorschläge:

- Ausflugsfahrten
- Volkswanderung oder Nachtwanderung

- Straßenfeste
- Zeltlager mit Jugendlichen
- Foto- oder Malwettbewerb „Mein Sommerbild“
- Baumtränkeaktion für die Straßenbäume im Ort
- Musikwettbewerbe im Freien
- CDU-Kinderhort am Freitagnachmittag
- Kinderfeste

Bei diesen Aktionen muß für die Mitglieder und Mandatsträger der CDU das persönliche Gespräch mit dem Bürger als beste Werbung für die CDU im Vordergrund stehen.

## Mitmachen bei Veranstaltungen anderer

Auch andere Organisationen sind im Sommer aktiv und führen Veranstaltungen durch. So bietet beispielsweise ein Stadtteilstfest eine gute Möglichkeit, ohne großen Organisationsaufwand mit einem kleinen Stand mitzumachen. Was man hier sonst noch alles machen kann?

**Zahlreiche Hinweise finden Sie hierzu im Aktionshandbuch „Die CDU ist dabei — Mitmachen bei Veranstaltungen anderer“.** Wir schicken Ihnen gerne ein Exemplar zu. **Telefon (02 28) 54 44 77.**



## CDU-Rad-Rundfahrt

Fahrradfahren ist „in“. Eine Radrundfahrt durch den Ort und die angrenzende Landschaft macht der ganzen Familie Spaß und hält fit. Krönender Abschluß



der CDU-Tour: Eine Sommer-Party, bei der sich dann auf unkomplizierte Art die ersten Kontakte vertiefen lassen.

**Talk-Show unter freiem Himmel**

Die Aktion findet dort statt, wo sich Bürger ohnehin treffen: im Stadt- oder Dorfzentrum, auf Marktplätzen, in Fußgängerzonen, im Biergarten, vor großen Einkaufszentren. Mit von der Partie sind vor Ort gut bekannte CDU-Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die der CDU nahestehen. Man braucht dazu: ein kleines Podest, ein Sofa und eine Mikrofonanlage.

Nach dem Motto: je bürgernäher, desto besser wird es an Gesprächsstoff zweifelsohne nicht mangeln.

**Und hiermit kommen Sie gut über den Sommer:**

**Sympathiewerbemittel für Ihre Aktionen vor Ort**



**Frisbeescheibe**

Die Frisbeescheibe ist ein Freizeitvergnügen für jung und alt. Es macht Spaß, am Badestrand oder zu Hause im Garten mit den kleinen Wurf-scheiben zu spielen. Eine prima Idee auch für die große Verlosung auf Kindergeburtstagen und auf CDU-Sommerfesten!

**Neu**

**Bestell-Nr. : 9076**

Mindestabnahme: 10 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 12,— DM

**Tischdeckenfolie mit CDU-Aufdruck**

Die feste und stabile Kunststofftischdecke. Hervorragend geeignet für Straßen- und Sommerfeste, aber auch für den Informationsstand.

**Bestell-Nr. : 9059**

Mindestabnahme: 1 Rolle

Preis pro Mindestabnahme: 30,— DM

**Poster „Ein Sommer mit der CDU“**

**Neuaufgabe**

Mit diesem Poster können Sie auch in diesem Jahr Ihre Aktionen auf plakative Art ankündigen.



**Bestell-Nr. : 8836**

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 28,— DM

## Der bewährte Sommer-Hit in unserem Angebot

Topaktuell, modisch, zu günstigem  
Preis:



### CDU-Polohemd

klein (M) weiß

**Bestell-Nr.: 9763**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 14,95 DM

klein (M) gelb

**Bestell-Nr.: 9764**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 14,95 DM

mittel (L) weiß

**Bestell-Nr.: 9767**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 14,95 DM

mittel (L) gelb

**Bestell-Nr.: 9768**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 14,95 DM

mittel (L) rosa

**Bestell-Nr.: 9769**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 14,95 DM

mittel (L) grün

**Bestell-Nr.: 9770**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 14,95 DM

groß (XL) weiß

**Bestell-Nr.: 9771**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 14,95 DM

groß (XL) gelb

**Bestell-Nr.: 9772**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 14,95 DM

groß (XL) rosa

**Bestell-Nr.: 9773**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 14,95 DM

groß (XL) grün

**Bestell-Nr.: 9774**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 14,95 DM

### CDU-Stirnband, gelb

**Bestell-Nr.: 9806**

Mindestabnahme: 5 Stück

Preis pro Stück: 8,50 DM

### CDU-Stirnband, rosa

**Bestell-Nr.: 9807**

Mindestabnahme: 5 Stück

Preis pro Stück: 8,50 DM

### CDU-Stirnband, grün

**Bestell-Nr.: 9808**

Mindestabnahme: 5 Stück

Preis pro Stück: 8,50 DM

### Das Informationssignal:

## CDU-Canvassingstand mit Schirm

### Canvassingstand

**Bestell-Nr.: 0994**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 172,— DM

### CDU-Sonnenschirm ohne Fuß

**Bestell-Nr.: 0458**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 60,— DM

### Fuß für CDU-Sonnenschirm

**Bestell-Nr.: 0459**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Stück: 12,80 DM



**PVC-Aufkleber  
für Canvassingstand**

Bestell-Nr.: 0546  
Mindestabnahme: 10 Exemplare  
Preis pro 10 Exemplare: 31,— DM

**Werbemittel und nützliche  
Utensilien**

**Lederfußball mit CDU-Aufdruck**

Bestell-Nr.: 9614  
Mindestabnahme: 1 Stück  
Preis pro Stück: 44,— DM

**T-Shirt, klein (M):  
„Wir lieben Kinder“**

Bestell-Nr.: 9140  
Mindestabnahme: 5 Stück  
Preis pro 5 Stück: 39,— DM

**T-Shirt, mittel (L):  
„Wir lieben Kinder“**

Bestell-Nr.: 9141  
Mindestabnahme: 5 Stück  
Preis pro 5 Stück: 39,— DM

**CDU-Bierdeckel**

Bestell-Nr.: 9292  
Mindestabnahme: 100 Exemplare  
Preis pro 100 Exemplare: 3,50 DM

**CDU-Getränkebecher**

Bestell-Nr.: 9922  
Mindestabnahme: 100 Exemplare  
Preis pro 100 Exemplare: 13,— DM

**CDU-Papierfähnchen  
„CDU – Die Zukunft“**

Bestell-Nr.: 9303  
Mindestabnahme: 1000 Exemplare  
Preis pro 1000 Exemplare: 70,— DM

**CDU-Luftballons, bunt sortiert**

Bestell-Nr.: 9304  
Mindestabnahme: 1000 Exemplare  
Preis pro 1000 Exemplare: 100,— DM

**Mal wieder schreiben!**

**CDU-Postkarte: „Schöne Ferien“**

Bestell-Nr.: 9669  
Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro 50 Exemplare: 7,50 DM

Dieses Motiv gibt es auch als **Wandzeitung**. (Abbildung auf der nächsten Seite)

**Schon jetzt an das  
Ferienende denken**

**Plakat DIN A1  
„Schule hat begonnen“**

Bestell-Nr. 8984  
Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro 50 Exemplare: 25,— DM



Bestellungen über das  
**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 13 28**  
**4804 Versmold**

Die Preise verstehen sich inkl. Versandkosten zuzgl. MwSt.



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# Schöne Ferien.



## CDU

*Dieses Ferienmotiv gibt es als Wandzeitung auf dem üblichen Weg über Ihre Kreisgeschäftsstelle, aber auch als Postkarte. Bestellhinweis und weitere Vorschläge für Ihre Sommeraktion finden Sie auf den vorangehenden Seiten.*

# UiD

17/88

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421.  
**Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.